



Rathaus Umschau

Donnerstag, 7. November 2013

Ausgabe 212

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› „Ich war ein Gameboy“ – AWM startet neue Recyclingkampagne	3
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 9	4
› Vom Meisterbrief zum Dokortitel – neue Wege zur Hochschulreife	6
› Blog zu Jugendprojekt in Kiew mit ehemaligen NS-Zwangsarbeitern	6
› MVHS bietet Kurse zum elektronischen Schriftverkehr an	7
› Infoabend zur Modernisierung von Wohnraum und Mieterhöhung	8
› Krimiautorin Gabi Anders liest aus „Der Geruch von Wasser“	8
› Monacensia präsentiert „Im Weiß-Blauen Land“ von Carry Brachvogel	9
Antworten auf Stadtratsanfragen	10

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Terminhinweise

Wiederholung

Freitag, 8. November, 12 Uhr, Ratstrinkstube

Bürgermeisterin Christine Strobl stellt das künftige Online-Service-Portal der Landeshauptstadt München vor. Im Rahmen der Veranstaltung werden erste Ergebnisse des E- und Open-Government-Projekts präsentiert und ein Ausblick auf weitere Aktivitäten gegeben. Auf einem E-Government-Marktplatz können sich die Gäste selbst ein Bild von den neuen Online-Diensten machen und deren Funktion ausprobieren. An einem Stand wird das neue Bürgerkonto samt Identifikationsmöglichkeit durch den neuen Personalausweis vorgestellt und ein Ausblick auf die Möglichkeit der elektronischen Zahlung bei Verwaltungsprozessen gegeben. Stellvertretend für zukünftige Online-Angebote werden darüber hinaus die Möglichkeiten und Nutzung der neuen Online-Service-Plattform an Beispielen aus dem Referat für Gesundheit und Umwelt und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung gezeigt. Außerdem wird der bereits etablierte Dienstleistungsfinder vorgestellt, der ebenfalls wichtiger Bestandteil des künftigen Bürgerportals sein wird. Die Veranstaltung richtet sich an geladene Gäste sowie Medienvertreter.

Dienstag, 12. November, 10 Uhr, Marienplatz (Absperrung)

Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, sowie 1. Bürgermeister Gerold Tretter und 2. Bürgermeister Anton Gundlfinger aus Bad Kohlgrub präsentieren den Christbaum für den Christkindlmarkt, der von der städtischen Berufsfeuerwehr aufgestellt wurde.

Dienstag, 12. November, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Bürgermeisterin Christine Strobl überreicht den Erasmus-Grasser-Preis der Landeshauptstadt München. Grußworte sprechen der Referent für Arbeit und Wirtschaft Dieter Reiter sowie der Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern Heinrich Traublinger. Der Erasmus-Grasser-Preis wird in diesem Jahr zum 21. Mal in Kooperation mit der Handwerkskammer für München und Oberbayern verliehen. Er würdigt das Münchner Handwerk und seine besondere Bedeutung für die Ausbildung junger Menschen. Die Zahl der Preisträger erreicht dieses Jahr die Hundertermarke seit ihrer Einführung 1993. Die Münchner Auszeichnung für auszubildende Handwerksbetriebe gehört zum Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm. Infos im Internet unter www.muenchen.de/erasmus-grasser-preis.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 14. November, 19 Uhr,

Städtische Sporthalle an der Säbener Straße 49 (barrierefrei)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 18 (Untergiesing – Harlaching). Die Versammlungsleiterin Bürgermeisterin Christine Strobl und der Bezirksausschussvorsitzende Clemens Baumgärtner informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Clemens Baumgärtner.

Meldungen

„Ich war ein Gameboy“ – AWM startet neue Recyclingkampagne

(7.11.2013) Ab heute fahren die ersten Müllfahrzeuge mit den neuen Motiven der Herbstkampagne des Abfallwirtschaftsbetriebes München (AWM) durch die Straßen. Mit Slogans wie „Ich war ein Gameboy“, „Ich war ein Wunschzettel“ und „Ich war ein Apfelbutzen“ motiviert der AWM die Münchnerinnen und Münchner dazu, Müll noch besser zu trennen. Gleichzeitig wird auf plakative Weise erklärt, dass etwa Elektroaltgeräte, Papier- und Bioabfälle wertvolle Sekundärrohstoffe sind, aus denen bei sortenreiner Entsorgung neue Produkte hergestellt werden können. Nach und nach stellt der AWM alle Müllautos auf die neuen Motive um. Die neuen Fahrzeugplakate werden bis Frühjahr 2014 im Stadtbild zu sehen sein.

„Das im Juni 2012 in Kraft getretene Kreislaufwirtschaftsgesetz fordert eine Recyclingquote von 65 Prozent für Siedlungsabfälle. Dieses Ziel wollen wir als erste Millionenstadt erreichen“ so Helmut Schmidt, Zweiter Werkleiter des AWM. „Dazu brauchen wir das volle Engagement der Bürgerinnen und Bürger, um noch mehr Wertstoffe aus dem Restmüll herauszuholen.“

Analysen des AWM zeigen, dass sich noch zahlreiche Wertstoffe im Restmüll befinden. Trotz des ohnehin guten Trennverhaltens der Münchnerinnen

und Münchner ist etwa ein Drittel der Restmüllmenge Biomüll. Zudem befinden sich rund 10.000 Tonnen Alttextilien im Münchner Restmüll, ebenso zirka 30.000 Tonnen Altpapier und wertvolle Elektrokleingeräte.

Die Bürger für ökologische Themen zu sensibilisieren ist eine wichtige Aufgabe der kommunalen Abfallwirtschaft. Neben dem 1989 vom Stadtrat verabschiedeten ökologischen Abfallwirtschaftskonzept trug die intensive Information und die dadurch initiierte Mitwirkungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger entscheidend dazu bei, die Abfallmenge seither um zwei Drittel zu reduzieren. Zur Öffentlichkeitsarbeit des AWM gehören beispielsweise anschauliche Ausgabematerialien zur Mülltrennung, Informationsstände auf Stadtfesten und wiederkehrende Mitmachkampagnen wie die bekannte Trennkampagne vor drei Jahren.

„Neben Bürgerinformation setzen wir auf komfortable Entsorgungsmöglichkeiten und bauen unser Angebot an Abgabemöglichkeiten konsequent weiter aus“ erklärt Helmut Schmidt. „Ein Beispiel sind die neuen Großmengenwertstoffhöfe. Weiter haben wir im Juli diesen Jahres die kommunale Alttextilsammlung mit rund 250 Alttextilcontainern gestartet und die im Stadtteil Moosach getestete Sammlung mit Elektrokleingerätecontainern wird im nächsten Jahr auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet.“ Bilder der Fahrzeugplakate können beim AWM unter der Rufnummer 2 33-3 10 04 angefordert werden.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 9

(7.11.2013) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 9 (Neuhausen – Nymphenburg) am Donnerstag, 21. November, 19 Uhr, in die Aula der Rudolf-Diesel-Realschule, Schulstraße 3, 80634 München, zu einer Bürgerversammlung des 9. Stadtbezirkes ein.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl. Zu Beginn informieren sie und die Bezirksausschussvorsitzende Ingeborg Staudenmeyer über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Bebauung Bahnflächen H-L-P, Citylogistikzentrum
2. Bauvorhaben Neuhauser Trafo, 2. Bauabschnitt
3. Verdichtung und Sanierung in Neuhausen
4. Baumfällungen im Stadtbezirk
5. Probleme mit Wertstoffcontainern
6. Verunreinigung Schlosskanal
7. Zaun am Schulweg zur Grundschule Margarethe-Danzi-Straße
8. Mittagsverpflegung an allen Schulen
9. Errichtung von Ganztagschulen



10. Planungsstand Bebauung Kreativquartier
11. „Urban Art“ in den Fußgängerunterführungen der Landshuter Allee
12. Machbarkeitsstudie zur Untertunnelung Landshuter Allee
13. Parklizenzierung im Bereich Rotkreuzplatz und um U-Bahnhof Gern
14. Schleichverkehr durch die Braganzastraße
15. barrierefreier Umbau S-Bahnhof Donnersbergerbrücke
16. Zugang zum S-Bahnhof aus dem Bereich um die Wilhelm-Hale-
Straße
17. 2. S-Bahn-Stammstrecke und Umweltverbundröhre (Sachstand)
18. Tram-Westtangente
19. städtebaulicher Umbau Romanplatz
20. Straßenumbauten im Bereich Rotkreuzplatz

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter www.muenchen.de/buergerversammlungen, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Nord der Bezirksausschüsse 9, 10, 11 und 24, Ehrenbreitsteiner Straße 28 a, 80993 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdensprachdolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, www.gmu.de, regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Ingeborg Staudenmeyer.

Vom Meisterbrief zum Dokortitel – neue Wege zur Hochschulreife

(7.11.2013) Am Dienstag, 12. November, um 17 Uhr findet im Berufsinformationszentrum (BiZ) der Agentur für Arbeit München zum dritten Mal die Informationsveranstaltung „Vom Meisterbrief zum Dokortitel? – Studium für beruflich Qualifizierte und Meister/innen“ statt. Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an beruflich Qualifizierte, Meisterinnen und Meister sowie Techniker und Technikerinnen, die sich über ein mögliches Studium informieren wollen und gehört zu einer Reihe von mehreren Informationsangeboten im BiZ, die sich mit dem Thema „Neue Wege zur Hochschule“ befassen. Die nächsten Termine sind am Dienstag, 10. Dezember, zum Thema „FOS/BOS und dann? – von der Schule zum Studium“) und am Dienstag, 21. Januar, zum Thema „Vom Azubi zum Studi? – von der Berufsausbildung zum Studium“.

Die Informationsveranstaltung am Dienstag, 12. November, gibt einen Überblick über Themen wie „Vorbereitung auf das Studium“, „Anforderungen und Rahmenbedingungen“ sowie „Finanzierungsmöglichkeiten“. Außerdem besteht Gelegenheit, zahlreiche Akteure der Münchner Hochschullandschaft zu treffen und direkt anzusprechen. Vertreten sind die Beratung Akademische Berufe der Agentur für Arbeit München, Studienberatungen der Hochschule für angewandte Wissenschaft, der Ludwig-Maximilians-Universität, der Technischen Universität, des Studentenwerks München und die Bildungsberatung der Landeshauptstadt München. Das Programm reicht von einer Plenumsinformation zu „Was heißt studieren?“ bis zu spezifischen Informationen in Parallelgruppen der einzelnen Hochschulen, der Agentur für Arbeit München, des Studentenwerks und der Bildungsberatung.

Die Anmeldung ist noch möglich. Weitere Informationen im Internet unter www.muenchen.de/bildung-und-sport.

Blog zu Jugendprojekt in Kiew mit ehemaligen NS-Zwangsarbeitern

(7.11.2013) Im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der Stadt München und des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) zum Thema „Zwangsarbeit in der NS-Zeit“ reisten sieben Münchner Jugendliche unter Begleitung des Medienzentrums München vom 26. Oktober bis 2. November nach Kiew. Sie führten Interviews mit acht ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern. Diese mussten unter Zwang in der Waffenindustrie, in der Landwirtschaft oder in privaten Haushalten arbeiten. Weitere Interviews wurden mit Kindern von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen geführt. Vermittelt wurden die Kontakte über den ASB Kiew, der viele der teilweise verarmten ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter seit Jahren mit Essenspaketen und einem kostenlosen Pflegedienst unterstützt.

Die Besuche wurden dokumentarisch festgehalten und werden Anfang 2014 als Film-Dokumentation öffentlich gezeigt. Ihre Eindrücke hielten die Jugendlichen in einem mit Fotos und Audio-Beiträgen hinterlegten Blog fest, der ab sofort unter www.jff.de/asb_ukraine kostenlos abrufbar ist. Das Projekt wurde gefördert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München. Informationen über: Moritz Wohlrab, Arbeiter-Samariter-Bund, m.wohlab@asbbayern.de.

MVHS bietet Kurse zum elektronischen Schriftverkehr an

(7.11.2013) Die Münchner Volkshochschule bietet im neuen Fachgebiet „Deutsch als Muttersprache“ u.a. Kurse rund um die neuen Entwicklungen im elektronischen Schriftverkehr. Aus der bekannten E-Mail sind mittlerweile mehrere gleichwertige elektronische Kommunikationsmittel entstanden, die juristisch den Papierformen von Briefen, Rechnungen und Dokumenten gleichgestellt worden sind. Die Post der Zukunft wird der elektronische Schriftverkehr sein und Papierbriefe künftig ein Auslaufmodell. Von Firmen und Behörden werden bereits jetzt immer mehr elektronische Schriftstücke verschickt und jeder sollte in der Lage sein, diese richtig einzuschätzen und entsprechend darauf zu reagieren.

Folgende Kurse informieren und vermitteln die nötigen Kompetenzen für den beruflichen und privaten Umgang mit den neuen Kommunikationsmitteln des elektronischen Schriftverkehrs:

- 16. November, 10 bis 17 Uhr, in der MVHS im Gasteig, Rosenheimer Straße 5: „Elektronischer Schriftverkehr – die Post der Zukunft“. Immer häufiger benutzen Firmen und Behörden elektronische Medien zur Abwicklung ihres Kundenverkehrs. Nach Onlinebestellungen und „De-Mail“-Einführung sind seit diesem Jahr auch die E-Rechnungen rechtsverbindlich geregelt und neu auf dem Markt eingeführt worden. Der Kurs gibt Einblick in die neuen Gestaltungsvorschriften der elektronischen Post. Die Kursgebühr beträgt 30 Euro. Anmeldung unter der Kursnummer LG 6855, Telefon 4 80 06-62 39, siehe auch unter www.mvhs.de
- 5. Dezember bis 9. Januar, 19.30 bis 21 Uhr im St.-Anna-Gymnasium, St.-Anna-Straße 20: „E-Mails richtig schreiben“. Mit Einführung der EU-weiten Bestimmungen zur elektronischen Post, wurde diese dem Brief weitestgehend gleichgestellt. Beispiele sind „De-Mail“ und „E-Rechnungen“. Der Kurs informiert über wichtige Textbausteine, wie elektronische Signatur und vermittelt das nötige Know-how einer wirksamen, modernen Kommunikation im Internet. Die Kursgebühr beträgt 30 Euro. Anmeldungen unter der Kursnummer LM 6854, Telefon 4 80 06-62 39, siehe auch unter www.mvhs.de



Kontakt: Monika Gradl, Fachgebietsleitung „Deutsch als Muttersprache“,
Telefon 4 80 06-61 26, E-Mail: monika.gradl@mvhs.de, und Susanne
Lößl, Leitung Pressestelle der MVHS, Telefon 4 80 06-6188, E-Mail unter:
susanne.loessl@mvhs.de

Infoabend zur Modernisierung von Wohnraum und Mieterhöhung

(7.11.2013) Die Modernisierung der Wohnung ist in der Regel im Interesse des Mieters oder der Mieterin, denn sie verbessert den Wohnkomfort. Häufig aber kommt es während der Bauphase zu Beeinträchtigungen und meist ist die Modernisierung auch mit einer Mieterhöhung verbunden. Wann handelt es sich um eine Modernisierung und wann spricht man von Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten? Welche Modernisierungsmaßnahmen müssen Mieterinnen und Mieter hinnehmen, welche können sie zurückweisen und in welchem Umfang sind Mieterhöhungen überhaupt berechtigt? Fragen, die Rechtsanwältin Dorothea Modler vom Mieterverein München am Dienstag, 12. November, um 18 Uhr im Bauzentrum München, Willy-Brandt-Allee 10, beantwortet. Im Rahmen des Vortrags geht sie auch auf individuelle Fragen der Besucherinnen und Besucher ein. Der Eintritt ist frei.

Krimiautorin Gabi Anders liest aus „Der Geruch von Wasser“

(7.11.2013) Die Krimiautorin Gabi Anders liest auf Einladung der Gleichstellungsstelle der Landeshauptstadt München am Dienstag, 12. November, von 18 bis 20 Uhr in der Juristischen Bibliothek im Rathaus aus dem Buch „Der Geruch von Wasser“. Der Titel erschien 2012, Anfang kommenden Jahres wird Teil 2 des spannenden Kriminalromans um pädosexuelle Täter und ihre Netzwerke erscheinen. Gabi Anders liest aus beiden Büchern, in denen es um vielfältige Facetten männlicher Gewalt geht, aber auch um selbstbewusste Weiblichkeit, Lebenslust und Solidarität. Im Mittelpunkt steht die Psychologin Katja, die es unbeabsichtigt mit Fällen sexueller Ausbeutung minderjähriger Mädchen zu tun bekommt. Die Autorin schöpft aus ihrer reichhaltigen Berufserfahrung als Sozialpädagogin und Familientherapeutin, die sie in ihren Büchern fiktional verarbeitet.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen will mit dieser Lesung am Rande der Münchner Aktionswochen gegen Gewalt an Frauen auf die kriminelle Energie und organisierte Täterschaft hinweisen, die oftmals hinter sexueller Ausbeutung steht. Dieser Aspekt wird nicht selten übersehen, wenn die Taten als individuelle und ausschließlich sexuelle Handlungen verstanden werden.



Die Veranstaltung findet in Kooperation mit der Juristischen Bibliothek der Stadt München statt und wird musikalisch begleitet von Holger Reichhelm und Freunden. Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird gebittet unter Telefon 2 33-9 24 65, Fax 2 33-3 40 05 oder per E-Mail unter gst@muenchen.de.

Monacensia präsentiert „Im Weiß-Blauen Land“ von Carry Brachvogel

(7.11.2013) Die Münchnerin Carry Brachvogel (1864 - 1942) ist eine zu Unrecht vergessene Autorin. Ihr 1923 erschienenes Buch „Im Weiß-Blauen Land“ liegt jetzt als erster Band einer in der „edition monacensia“ im Allitera Verlag München erscheinenden Carry Brachvogel-Reihe vor, herausgegeben und mit einem Vor- und Nachwort versehen von Ingvild Richardsen. Am Montag, 11. November, um 19 Uhr liest die Schauspielerin Katja Schild in der Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b, ausgewählte Textpassagen. Ingvild Richardsen hält eine Einführung zu Leben und Werk von Carry Brachvogel.

Carry Brachvogel war im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts eine in ganz Deutschland bekannte Schriftstellerin und Feuilletonistin. Zeitlebens war sie ihrer bayerischen Heimat sehr verbunden. Sie führte einen nahezu legendären literarischen Salon in Schwabing und gründete 1913 den ersten Schriftstellerinnen-Verein Münchens. Wegen ihrer jüdischen Herkunft erhielt sie 1933, mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten, Berufs- und Publikationsverbot. Zusammen mit ihrem Bruder, dem Historiker Professor Dr. Siegmund Hellmann, wurde sie 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo beide wenige Monate später starben.

Veranstalter sind die Monacensia und der Allitera Verlag München. Der Eintritt beträgt 5 Euro. Karten sind ab 18.30 Uhr an der Abendkasse erhältlich.

Alle bisher veröffentlichten Titel der Reihe „edition monacensia“ sind im Internet unter www.allitera.de abrufbar. Weitere Informationen zur Monacensia unter www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia.

Achtung Redaktionen: Ein Rezensionsexemplar ist erhältlich unter presse@allitera.de



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 7. November 2013

Beschilderung für das Kinderhaus Wolkerweg

Antrag Stadträte Josef Schmid und Johann Stadler (CSU) vom 4.7.2013

Verfassungsschutz an Münchner Schulen

Antrag Stadträtinnen Anja Berger, Gülseren Demirel und Jutta Koller
(Bündnis 90/Die Grünen) vom 8.7.2013

Beschilderung für das Kinderhaus Wolkerweg

Antrag Stadträte Josef Schmid und Johann Stadler (CSU) vom 4.7.2013

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Entscheidung der Stadtrat zuständig ist.

Der Antrag Nr. 08-14/A 04427 – Beschilderung für das Kinderhaus Wolkerweg – hat das Ziel, für Fußgänger den Weg zum Kinderhaus Wolkerweg von der U-Bahn-Station Haderner Stern über die Kreuzung Gardinistraße – Stiftsbogen und die Kreuzung Stiftsbogen – Wolkerweg auf öffentlichem Grund auszuschildern.

Das Kreisverwaltungsreferat als Straßenverkehrsbehörde trifft Maßnahmen auf öffentlichem Verkehrsgrund nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung. Der Vollzug der Straßenverkehrsordnung ist eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt.

Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist rechtlich nicht möglich.

Ich erlaube mir daher, Ihren Antrag in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister auf dem Schriftwege zu beantworten.

An das Kreisverwaltungsreferat werden nahezu täglich Wünsche auf Hinweisbeschilderungen aller Art herangetragen. Da aber München eine Vielzahl von Zielen aufweist, zu denen eine solche Beschilderung notwendig ist oder wünschenswert wäre, muss – um eine Überbeschilderung im öffentlichen Straßenraum zu vermeiden, aber auch um Bezugsfälle weitestgehend auszuschließen – bei der Auswahl der Ziele ein äußerst strenger Maßstab angelegt werden. Das Kreisverwaltungsreferat orientiert sich deshalb an den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung sowie an den „Richtlinien für die wegweisende Beschilderung außerhalb von Autobahnen“ (RWB 2000). Danach ist die Verwendung von privaten Zielen in der amtlichen Wegweisung grundsätzlich nicht zulässig. Eine Ausnahme von dieser Regelung bilden nur Ziele mit erheblicher Verkehrsbedeutung sowie Ziele, zu denen ein besonders starker auswärtiger Zielverkehr vorliegt



(z.B. Flughafen, Bahnhof, Messe, Stadion, Gewerbegebiete etc.). Kleinere Einrichtungen – wie im vorliegenden Fall das Kinderhaus Wolkerweg – erfüllen diese gesetzlichen Vorgaben nicht.

Zu bedenken ist auch, dass es in München eine Vielzahl sozialer und anderer Einrichtungen gibt (im Statistischen Taschenbuch 2012 für München sind z.B. allein 1.207 Kindertagesstätten aufgeführt). Würde man nun für das Kinderhaus Wolkerweg eine Hinweisbeschilderung auf öffentlichem Verkehrsgrund errichten, wäre mit zahlreichen Bezugnahmen zu rechnen, denen wegen des zu beachtenden Gleichbehandlungsgrundsatzes ebenso entsprochen werden müsste. Dies würde letztlich zu einer weiteren „Aufforstung“ des ohnehin schon mehr als üppigen Schilderwaldes in München führen und wäre somit kontraproduktiv zu der Zielsetzung und dem Auftrag des Gesetzgebers an die Straßenverkehrsbehörden, die Anzahl der Schilder generell zu verringern.

Ich bitte deshalb um Verständnis, wenn aus den dargelegten Gründen Ihrem Antrag nicht entsprochen werden kann.

Eine Hilfestellung zur leichteren Auffindbarkeit könnte jedoch das Kinderhaus selbst durch eine bessere Wegbeschreibung im Internet leisten. Derzeit erhält man dort entsprechende Informationen nur etwas umständlich über die Fahrplanauskunft des MVV.

Das Kreisverwaltungsreferat wird diesbezüglich mit der Einrichtung Kontakt aufnehmen.

Ich bitte von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.



Verfassungsschutz an Münchner Schulen

Antrag Stadträtinnen Anja Berger, Gülseren Demirel und Jutta Koller
(Bündnis 90/Die Grünen) vom 8.7.2013

Antwort Stadtschulrat Raine Schweppe:

Sie haben in Ihrem Antrag gebeten, über die Aktivitäten der Bayerischen Informationsstelle gegen Rechtsextremismus (BIGE) an Münchner Schulen zu berichten. Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teile ich Ihnen auf diesem Wege zu Ihren Fragen folgendes mit:

Frage 1:

Haben Vorträge der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) an Münchner Schulen stattgefunden? Wenn ja, wie viele? Sind weitere Vorträge für die nähere Zukunft geplant? Wenn ja, wie viele?

Antwort:

Den jeweiligen Fachabteilungen liegen hierüber keine Kenntnisse vor. Nur die Schulleitungen selbst können darüber Auskunft geben, ob sie in eigener Zuständigkeit mit der BIGE zusammengearbeitet haben oder dies beabsichtigen. Für die staatlichen Schulen hat das Referat für Bildung und Sport zudem keine unmittelbare Zuständigkeit.

Das Pädagogische Institut des Referates für Bildung und Sport arbeitet nicht mit der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) zusammen und wird das auch in der Zukunft nicht tun. Entsprechende Angebote werden seitens des Pädagogischen Instituts auch nicht an Schulen vermittelt.

Deshalb können hierzu auch über das Pädagogische Institut keine relevanten Informationen nachgefragt werden.

Frage 2:

Falls Vorträge stattfanden, inwiefern wurde dargelegt, dass die BIGE beim Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist? Welche Rolle nahmen die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz bei den Vorträgen an Münchner Schulen ein bzw. sollen sie bei geplanten Vorträgen einnehmen?

Antwort:

Siehe Antwort unter 1.

Da das Pädagogische Institut hier weder zuständig noch beteiligt ist, kann über die Rolle, die die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz hier möglicherweise eingenommen haben, keine Aussage getroffen werden.

Frage 3:

Hat das Bayerische Kultusministerium gegenüber dem Referat für Bildung und Sport die Absicht geäußert, eine(n) Extremismusbeauftragte(n) an Münchner Schulen zu installieren, obwohl es dort bereits AnsprechpartnerInnen gegen Rechtsextremismus gibt?

Antwort:

Es wurde gegenüber dem RBS/Pädagogischen Institut nicht direkt geäußert, eine(n) Extremismusbeauftragte(n) an Münchner Schulen zu installieren. Allerdings wurde im Rahmen eines Treffens des Netzwerkes demokratische Bildung - bei dem von der LH München u.a. die Fachstelle gegen Rechtsextremismus, des Pädagogischen Institut anwesend waren - vom Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz, darauf hingewiesen, dass ein solches Netzwerk entstehen soll. Diese Ankündigung sorgte für Verwunderung und Irritation bei den städtischen Beteiligten, da die Fachstelle gegen Rechtsextremismus bereits ein eigenes Ansprechpartner/-innen-Netz aufgebaut hat und zudem das SOR-SMC-Netz existiert.

Frage 4:

Falls es Bestrebungen gibt, Extremismusbeauftragte an Münchner Schulen einzuführen, welche Aufgaben sollen diese übernehmen bzw. welche thematischen und methodischen Schwerpunkte sollen gesetzt werden?

Antwort:

Siehe Antwort unter 3.

Darüber hinaus kann das Pädagogische Institut dazu keine Angaben machen.

Frage 5:

Gibt es Planungen, das staatliche Netzwerk gegen Extremismus im pädagogischen Bereich auszuweiten? Soll dabei das städtische Netzwerk gegen Rechtsextremismus eingebunden werden?

Antwort:

Siehe Antwort unter 3.

Darüber hinaus kann das Pädagogische Institut dazu keine Angaben machen.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.

Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 7. November 2013

Kleingartenanlage Hartmannshofer Straße

Anfrage Stadträte Dr. Alexander Dietrich, Josef Schmid und Otto Seidl (CSU)

Berg-am-Laim-Straße/Gewerbegebiet Neumarkter Straße

Antrag Stadtrats-Mitglieder Eva Caim und Josef Schmid (CSU)

Winterspiele mit welcher Tradition?

Anfrage Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Haasenburg-Bericht bekannt machen

Antrag Stadträtin Dagmar Henn (Die Linke)

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadtrat Dr. Alexander Dietrich
Stadtrat Otto Seidl

ANFRAGE
07.11.2013

Kleingartenanlage Hartmannshofer Straße

Die Kleingärtner in o.g. Anlage sind in Sorge um die Zukunft ihrer Anlage. Derzeit gibt es offenbar eine gerichtliche Auseinandersetzung, in der auch die Frage der Nutzungsmöglichkeiten auf dem Gelände eine Rolle spielt.

Daher stellen sich folgende Fragen:

1. Wie ist die Anlage derzeit planerisch gesichert?
2. Welche Nutzungen plant der Eigentümer?
3. Liegen dem Planungsreferat formelle Anträge vor?
4. Welche Nutzungen sind auf dem Gelände grundsätzlich nach Einschätzung des Planungsreferats möglich?
5. Ist es zum Erhalt der Anlage notwendig, sie planerische zu sichern? Wenn ja, in welcher Form?

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Dr. Alexander Dietrich, Stadtrat

Otto Seidl, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadträtin Eva Caim

ANTRAG
07.11.2013

Berg-am-Laim-Straße /Gewerbegebiet Neumarkter Straße

Das anstehende Strukturkonzept für o.g. Bereich berücksichtigt auch die Verkehrsproblematik.

Begründung:

Mit Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung berichtete die Verwaltung dem Stadtrat, dass für o.g. Bereich ein Strukturkonzept erarbeitet wird. Erste Ergebnisse sollen bis Ende des Jahres vorliegen.

Im Rahmen des Strukturkonzeptes sollen mögliche Steuerungsmöglichkeiten ausgelotet und die Umnutzung zu Wohnen geprüft werden.

Da vor Ort auch der zunehmende Verkehr, durch Neubaugebiete und Umnutzungen zusätzlich verstärkt, eine wichtige Rolle spielt, soll das Strukturkonzept auch diesen Aspekt berücksichtigen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Eva Caim, Stadträtin

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 07.11.2013

Anfrage: Winterspiele mit welcher Tradition?

Auf den Plakaten, die für die Zustimmung beim Bürgerentscheid zur Bewerbung um die Winterspiele werben, findet sich der Slogan „Winterspiele mit Tradition“: Die nahe liegendste Winterspieltradition für die beteiligten Wettkampforte sind ausgerechnet die Winterspiele 1936 in Garmisch-Partenkirchen; eine Tradition, auf die man sich eher nicht beziehen sollte.

Erschwerend hinzu kommt, dass diese Plakate zeitnah zum Jahrestag der Pogromnacht 1938 das Stadtbild zieren, während am kommenden Wochenende ein bundesweites Treffen von Burschenschaften am äußerst rechten Rand stattfindet.

Vor diesem Hintergrund stelle ich folgende Fragen:

1. Waren Beschäftigte oder Vertreter der Landeshauptstadt München bei Entwurf und Beschluss der Plakate mit diesem Slogan eingebunden?
2. Falls ja, um welche Personen handelt es sich? Haben sie den politischen Bezug, den diese Aussage herstellt, nicht bemerkt? Haben sie Versuche unternommen, eine Werbung mit diesem Slogan zu unterbinden?
3. Falls nein, wäre es nicht angebracht, bei Werbekampagnen, die eine Handlung der Stadt betreffen (nämlich die Bewerbung um die Winterspiele), organisatorisch sicherzustellen, dass zumindest solche zweifelhaften Bezüge nicht stattfinden?
4. Schaden nicht solche Plakate mit historisch zweifelhaften Slogans dem Ansehen der Stadt München in der Welt eher, als es zu fördern?
5. Mit welchen Maßnahmen stellen Stadt und Oberbürgermeister klar, dass mitnichten die Winterspiele der Nazidiktatur als „Tradition“ gemeint sein können?

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, den 07.11.2013

Antrag: Haasenburg-Bericht bekannt machen

Der Abschlussbericht der unabhängigen Untersuchungskommission zu den Haasenburg-Heimen wird dem Münchner Stadtrat bekannt gegeben.

Begründung:

Der gestern veröffentlichte Bericht der Untersuchungskommission zu den Haasenburg-Heimen hat viele der Vorwürfe der vergangenen Monate bestätigt und wirft einige Fragen auf, die sich bezogen auf die geschlossene Unterbringung von Jugendlichen und die Wahrung ihrer Rechte generell stellen. Auch die bestehenden Kontrollstrukturen werden deutlich kritisiert.

Der Münchner Stadtrat sollte die Ergebnisse dieser Untersuchung kennen und die Möglichkeit haben, sich mit den Schlussfolgerungen der Kommission auseinander zu setzen. So regt die Kommission beispielsweise an, die Jugendlichen, die in Haasenburg-Heimen waren, bei der Aufarbeitung ihrer dortigen Erfahrungen zu unterstützen. Gleichzeitig wird eine Debatte über die Kontrollstrukturen angeregt, mit der sich auch die Münchner Strukturen der Jugendhilfe befassen werden müssen. Schließlich wurden und werden Münchner Jugendliche bundesweit in den unterschiedlichsten Einrichtungen untergebracht, auch in den Haasenburg-Einrichtungen, um die es in diesem Bericht geht. Nicht nur das Land Brandenburg, auch die Landeshauptstadt München ist also politisch verantwortlich.

Dagmar Henn
Stadträtin DIE LINKE.